



Studie zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen in Deutschland wurde vorgestellt

Jochen-Konrad Fromme zu den Ergebnissen der Studie „Brain Waste“

Am 8. Mai 2008 stellte die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau Prof. Maria Böhmer, die Studie „Brain Waste - Die Anerkennung ausländischer Qualifikationen in Deutschland“ vor. Die Studie belegt, dass nach wie vor erhebliche Probleme bei der Integration auch von Spätaussiedlern mit akademischer Ausbildung in den Arbeitsmarkt bestehen. Zwar ist die Gruppe der Spätaussiedler die einzige, die nach § 10 BVFG über einen Anspruch auf die Anerkennung der Ausbildung verfügt, dies aber nur unter der Voraussetzung der Gleichwertigkeit mit deutschen Prüfungs- und Befähigungsnachweisen. Gerade hieran scheitert die Anerkennung indes häufig. Zwar wird der Begriff der Gleichwertigkeit auch in den EU-Richtlinien über die Anerkennung von Berufen und in den Berufsqualifikationsgesetzen verwendet, in der Praxis gibt es jedoch große Unterschiede zwischen den Anerkennungsverfahren. Während die EU-Richtlinien die Möglichkeiten der Anerkennungen immer weiter verbesserten, so zum Beispiel durch die Einbeziehung und Bewertung der Berufserfahrung, der Einführung von Ausgleichsinstrumenten in Form von individuellen Eignungsprüfungen oder Anpassungsmaßnahmen, blieb die Gesetzgebung über die Anerkennung der von Spätaussiedlern erlangten Qualifikationen unverändert. Bei den reglementierten Berufen, wie beispielsweise Ärzte, Architekten und Ingenieure, können sich Spätaussiedler nicht auf die EU-Richtlinie berufen, obwohl sie Deutsche sind. Spätaussiedler aus Russland werden faktisch wie Drittstaatenangehörige behandelt. Stellen sie einen Anerkennungs-

antrag, kann dieser nur bei Gleichwertigkeit positiv oder bei mangelnder Gleichwertigkeit negativ beschieden werden. Das für EU-Angehörige ausdifferenzierte System der Teilanerkennung und die Nutzung von Anpassungsmaßnahmen sind ihnen nicht



Jochen-Konrad Fromme

zugänglich. Zudem bringt der Föderalismus eine Zersplitterung der Anerkennungszuständigkeiten mit sich. Jedes Bundesland hat eigene, nach Abschlusstypen eingeteilte Anerkennungsstellen in Behörden, Ministerien und Kammern. Insgesamt sind hunderte von Stellen in Deutschland in die Anerkennung von Abschlüssen involviert. Wegen bestehender Informations- und Beratungsdefizite wird die Frage, welche Stelle für den Betroffenen zuständig ist, zu einem kaum überblickbaren Labyrinth. Die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler sucht zusammen mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und Kammervetretern nach Lösungen. Erste Ansätze kristallisieren sich heraus, doch bis zur Beseitigung der Benachteiligung der Spätaussiedler liegt noch eine Wegstrecke vor uns.

INHALT

SEITE 3
GESINE SCHWAN – EINE KRITIKERIN DES „ZENTRUMS GEGEN VERTREIBUNGEN“ ALS BUNDESPRÄSIDENTIN?
Jochen-Konrad Fromme

SEITE 4
BISCHOF TEBARTZ-VAN ELST WÜRDIGT HEIMATVERTRIEBENE UND SPÄTAUSSIEDLER
Rudolf Friedrich

SEITE 6
LANDESVERBANDSTAG DES BUNDES DER VERTRIEBENEN
Heribert Rech

SEITE 7
QUALIFIKATIONSANERKENNUNG - GESPRÄCH MIT DEM BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE
Jochen-Konrad Fromme

Forderung der Polnischen Bauernpartei ist blanker Populismus

Jochen-Konrad Fromme zu den Forderung der konservativen polnischen Regierungspartei PSL,
Art. 116 GG abschaffen zu wollen

Die Forderung der Polnischen Bauernpartei ist in aller Deutlichkeit zurückzuweisen. Art. 116 GG steht für erlittenes menschliches Leid, für eine Schicksalsgemeinschaft, zu der sich CDU und CSU heute und für die Zukunft bekennen. Er ist von zentraler Bedeutung für die Aufnahme von Spätaussiedlern. Menschen, die hier Ihre Wurzeln und Heimat haben.

Die Aussage, des Vorsitzenden Stanislaw Zelichowski der PSL-Fraktion im polnischen Parlament (Sejm), Art. 116 GG störe die deutsch-polnischen Beziehungen, weil er die deutsche Staatsbürgerschaft an die Grenzen von 1937 binde, sind blanker Populismus. Mit dem Vorstoß hängt sich die PSL den Mantel der Volksnähe um. Tatsächlich

will sie, wie schon in der Vergangenheit die Brüder Kaczynski, nicht anderes, als Emotionen, Vorurteile und Ängste der Bevölkerung zu schüren und sich für eigene Zwecke zu Nutzen machen. Dieses Vorgehen ist zu verachten. Hier werden die Schicksale der Vertriebenen auf üble Weise missbraucht.

Es tut gut festzustellen, dass der PSL auch von Vertretern Polens Wind entgegenweht. So äußerte sich der von Premierminister Donald Tusk eingesetzte polnische Sonderbeauftragte für Deutschland. Prof. Wladyslaw Bartoszewski, schon deutlich ablehnend zu dem Vorschlag. Diese Stimmen sind es, die wir, welche wir, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt.

Der Genozid an den Armeniern ist unvergessen – Bekennnis der Türkei steht weiter aus

Jochen-Konrad Fromme anlässlich der weltweiten Gedenkfeiern
für die Opfer des Genozids an den Armeniern am 24. April 2008

Der heutige Tag ist für die armenischen Mitbürger, die in den Jahren 1915/1916 in die Diaspora gezwungen wurden, ein Tag, an dem sie ihrer Trauer weltweit in Gedenkfeiern Ausdruck verleihen. Sie gedenken der zwischen 1,2 und 1,5 Millionen Opfer von Deportation und Massenmord; der Frauen, Kinder und Alten, auf Todesmärsche geschickt von der Regierung des Osmanischen Reiches. Die Vertreibung der Armenier war die erste große Vertreibung des 20. Jahrhunderts.

Der Respekt vor den Opfern gebietet auch heute noch ein Bekenntnis zu diesen Untaten. Doch bestreitet die Türkei als Rechtsnachfolgerin des Osmanischen Reichs bis heute, dass diesen Vorgängen eine Planmäßigkeit zugrunde gelegen hätte bzw. dass das Massensterben während der

Umsiedlungstrecken und die verübten Massaker von der osmanischen Regierung gewollt waren. Diese Leugnung des Genozids nimmt den Opfern noch im Nachhinein die Würde. Deutschland ist sich aus langer eigener Erfahrung darüber bewusst, wie schwer es für jedes Volk ist, zu den dunklen Seiten seiner Vergangenheit zu stehen. Doch nur die ehrliche Aufarbeitung der eigenen Geschichte kann das Fundament für eine echte Versöhnung schaffen.

In Anerkennung der historischen Tatsachen hat der Deutsche Bundestag im Jahr 2005 anlässlich des 90. Jahrestages des Genozids an den Armeniern einen Antrag beschlossen, der die Opfer dieser Gräueltaten würdigt und eine historische Aufarbeitung und ein dauerhaftes Gedenken an die Opfer einfordert.

Ungarns Botschafter zu Gast in der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler

Gespräch über die deutsch-ungarischen Beziehungen und Situation der deutschen Minderheit



v.l.: Klaus Brähmig MdB, Henning Niederhoff, Anita Schäfer MdB, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Republik Ungarn, Se. E. Sandor Peisch, Jochen-Konrad Fromme MdB, Helmut Sauer

Über den gegenwärtigen Stand der deutsch-ungarischen Beziehungen und die Lebenssituation der deutschen Minderheiten in Ungarn sprach die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Republik Ungarn, Sandor Peisch. Neben der Diskussion über die zurzeit schwierige innenpolitische Situation in Ungarn, bildete die Gedenkveranstaltung des ungarischen Parlaments im November letzten Jahres zum 60. Jahrestag der Vertreibung der Ungarn-

deutschen einen weiteren Schwerpunkt des Gesprächs. Die Parlamentspräsidentin Katalin Szili hatte sich an diesem Tag offiziell für die Vertreibungen entschuldigt. Botschafter Sandor Peisch berichtete zudem, dass die deutsche Minderheit mit ca. 100.000 Personen neben der der Roma die größte Minderheit stelle. Deutsch ist in Ungarn die erste Fremdsprache. Noch nicht hinreichend gewährleistet sei die Vertretung der Minderheiten im Parlament; die Änderung des Wahlrechtes werde daher geprüft, so Botschafter Sandor Peisch.

Gesine Schwan – eine Kritikerin des „Zentrums gegen Vertreibungen“ als Bundespräsidentin?

Jochen-Konrad Fromme zur Nominierung von Frau Prof. Gesine Schwan für das Amt des Bundespräsidenten

Die Entscheidung der SPD, Frau Prof. Gesine Schwan als Gegenkandidatin zu dem amtierenden Bundespräsidenten Horst Köhler aufzustellen, ist aus Sicht der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler scharf zu kritisieren.

In ihrer Funktion als Koordinatorin für Polen hat sie die Interessen der Vertriebenen und ihrer Verbände in unzulässigem Maße unberücksichtigt gelassen.

Obwohl CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart hatten, „in Berlin ein sichtbares Zeichen zu setzen, um in Verbindung mit dem europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität über die bisher beteiligten Länder Polen, Ungarn und Slowakei hinaus – an das Unrecht von Vertreibung zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten“, hat sie sich zu einem Zeitpunkt, wo sich die Verhandlungen mit Polen in einer der schwie-

rigsten Phasen befanden, fortwährend gegen ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin und dies in - jeder - Form ausgesprochen.

Ihr Verhalten und Ihre Äußerungen waren der Sache der Vertriebenen im hohen Maße unzutraglich und kontraproduktiv. Oft entstand zudem der Eindruck, dass sie sich von persönlichen Antipathien treiben ließ, ohne sich sachlich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Ja, sie hat geradezu versucht, Polen gegen dieses Koalitionsvorhaben zu instrumentalisieren.

Die Spekulationen der SPD, gerade in Frau Prof. Gesine Schwan eine Kandidatin für das höchste Amt Deutschlands zu sehen, ist ein Schlag ins Gesicht der Belange der Vertriebenen und Spätaussiedler. Ihr fehlt das Grundverständnis für die Vertriebenenverbände und deren Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Bischof Tebartz-van Elst würdigt Heimatvertriebene und Spätaussiedler

Landesbeauftragter Friedrich anlässlich eines Besuches beim Limburger Bischof



Bischof Prof. Dr. Franz-Peter Tebartz-van Elst und Landesbeauftragter der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich

Der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, hat zusammen mit dem Visitator für die Seelsorge an den deutschen Katholiken aus den GUS-Staaten, Dr. Alexander Hoffmann, dem neuen Limburger Bischof Prof. Dr. Franz-Peter Tebartz-van Elst einen Antrittsbesuch abgestattet. Bei dem regen Meinungsaustausch würdigte der Limburger Oberhirte die kirchliche Aufbauleistung der Heimatvertriebenen in seinem Bistum.

Der Landesbeauftragte bat den Bischof um Unterstützung, dass sich die katholische Kirche noch stärker und mit Verständnis für die Russlanddeutschen öffnet. Dies wäre ein erheblicher Beitrag dazu, dass auch die Integration gelingt, weil Kirche viel zum Verstehen der Spätaussiedler beitragen kann. Der Diözesanbischof stimmte der Aussage des Landesbeauftragten ausdrücklich zu, dass die Kirche in besonderer Weise Geborgenheit und Heimat vermitteln kann. „Damit können die Russlanddeutschen auch in besonderer Weise motiviert, angesprochen und für seelsorgliche Arbeit selbst gewonnen werden“, so Friedrich.

Landesbeauftragter Friedrich informierte darüber, dass von 1988 bis heute rund drei Millionen Spätaussiedler und deren Angehörige in die Bundesrepublik eingereist sind. Auf Hessen bezogen waren es rund 227.000 Personen, von denen rund 175.000 aus den Staaten der ehemaligen UdSSR kamen. Seit einigen Jahren sei ein kontinuierlicher Rückgang beim Zuzug auch infolge des Zuwanderungsgesetzes zu verzeichnen. Reisten im Jahr 1990 noch deutlich über 300.000 Spätaussiedler nach Deutschland ein, so waren es seit dem Jahr 2000 wieder unter 100.000. Im Jahr 2007 waren es

lediglich noch 5.792 Personen.

Beim Blick auf die Religionszugehörigkeit der Spätaussiedler werde deutlich, dass die Prozentzahl der Aussiedler, die sich zur römisch-katholischen Kirche bekennen, immer um die 18 % liegt. Grob gerechnet liege die Zahl der seit 1988 in die Bundesrepublik eingereisten Katholiken bei rund 540.000 und auf Hessen bezogen bei rund 40.000. Hiervon seien die meisten zwischen 1988 und 2000 eingereist.

Visitator Dr. Alexander Hoffmann wies auf die Notwendigkeit der seelsorgerischen Betreuung der Spätaussiedler hin und bezeichnete es als notwendig, ein Netzwerk von Ehrenamtlichen aufzubauen, die als Vorbild dienen könnten. Die meisten Katholiken aus Russland hätten kirchliche Strukturen nie kennengelernt.

Bischof Prof. Dr. Franz-Peter Tebartz-van Elst bedankte sich für die vorgetragenen Informationen und zeigte für die Probleme großes Verständnis. Er erinnerte an die Heimatvertriebenen nach dem Krieg und ihre Integration in die Kirchengemeinden der Diözese. Insbesondere Aussiedler im kirchlichen Dienst wie etwa Küster könnten für die Katholiken aus Russland eine Art Brückenfunktion in die Kirchengemeinden haben. Der Bischof sagte grundsätzlich Unterstützung zu.

Landesbeauftragter Friedrich war erfreut über die Offenheit und Zuwendung, die der Diözesanbischof gegenüber den Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern bekundete und dankte für das sehr informative Gespräch und überreichte dem Bischof Auswertungen über die Religionszugehörigkeit und die Altersstruktur der Spätaussiedler.

Deutschland und Tschechien auf dem Weg zu einer gemeinsamen Sprache

Jochen-Konrad Fromme zur der Verleihung des Europäischen Karlspreises an den tschechischen Bürgerrechtler Petr Uhl anlässlich des 59. Sudetendeutschen Tages in Nürnberg

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hat mit Petr Uhl als diesjährigen Preisträger des Europäischen Karlspreises eine zukunftsweisende Wahl getroffen.

Petr Uhl war einer der ersten Unterzeichner der Charta 77, die in den siebziger Jahren die Diskussion über die Rechtmäßigkeit der Vertreibung der Deutschen auf einen Höhepunkt brachte. Neben Václav Havel war er einer der Mitbegründer der VONS, dem Komitee zur Vertreibung von zu Unrecht verfolgten. Für sein Engagement wurde er 1979 zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt.

Dass ihm heute die Entgegennahme des Europäischen Karlspreises auf einem Sudetendeutschen Tag möglich ist zeigt, welche Strecke die Tschechische Republik auf dem Weg zu einer gemeinsamen Sprache schon gegangen ist. Die Beziehungen zwischen Tschechien und Deutschland haben sich spürbar verbessert.

Wesentlich dazu beigetragen hat, dass heute über die gemeinsame Geschichte offen gesprochen werden kann; Begriffe wie Abschiebung statt Vertreibung sind aus dem allgemeinen Sprachgebrauch verschwunden. In der tschechischen Gesellschaft gibt es viele Signale, sich für einen Dialog zu öffnen und auch die Tschechische Botschaft in Berlin setzt Zeichen, wenn Sie den Sudetendeutschen ihr Haus für eine Veranstaltung zu Verfügung stellt.

Bei allen positiven Entwicklungen bleiben doch offene Fragen, die das Wertegefühl Europas und das der Sudetendeutschen tief verletzen; das Festhalten an den Benes-Dekreten und am Strafrechtsgesetz von 1946. Beides passt nicht in eine demokratische Rechtsordnung. Die Tschechische Republik als echtes Mitglied der Europäischen Union ist aufgefordert, diese aufzuheben.

Die Zukunftsperspektiven der Heimatstuben

Gespräch mit dem Direktor des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE), Herr Prof. Dr. Matthias Weber



v.l.: Helmut Sauer, Anita Schäfer MdB, Jochen-Konrad Fromme MdB, Prof. Dr. Matthias Weber, Susanne Jaffke-Witt MdB

Über die Zukunftsperspektiven der Heimatstuben vor dem Hintergrund des Generationenwechsels sprach die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Direktor des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE), Herrn Prof. Dr. Matthias Weber. Dieser berichtete, dass die Heimatstuben, welche in der Gesamtschau über eine beträchtliche Zahl wertvoller Exponate verfügen, zunehmend vor Problemen

stehen. Teilweise können konservatorisch notwendige Maßnahmen nicht geleistet werden oder die Eigentumsverhältnisse der Sammlungen sind für die Zukunft ungeklärt. Einvernehmen bestand darin, dass die Sammlungen auch künftig dezentral und möglichst vor Ort verbleiben sollten. Dies ist auch das Ergebnis der vom BKGE im Auftrag des Beauftragten für Kultur und Medien erarbeiteten Broschüre „Was wird aus den Heimatsammlungen?“, welche den Kommunen ausdrücklich empfohlen wird.

Landesverbandstag des Bundes der Vertriebenen

Beitrag des Landesbeauftragten für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler, Innenminister Heribert Rech

„In der heutigen Zeit des Umbruchs gilt es, miteinander im Gespräch zu bleiben. Wir müssen Veränderungen in den Blick nehmen, die sich aus dem wachsenden zeitlichen Abstand zu den Geschehnissen seit dem Zweiten Weltkrieg und durch den altersbedingten Rückzug der Erlebnisgeneration aus der aktiven Kulturarbeit ergeben.“ Das sagte der Landesbeauftragte für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler, Innenminister Heribert Rech, am Samstag, 17. Mai 2008, beim Landesverbandstag des Bundes der Vertriebenen im Stuttgarter Haus der Heimat. Die Aktualität des Themas Flucht und Vertreibung sei jedoch sichtbarer denn je. Als Beispiele dafür nannte der Minister die Diskussion um das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin und die Ausstellung „Erzwungene Wege“ des Bundes der Vertriebenen.

Die nachgeborenen Generationen könnten sich meist nicht vorstellen, was Flucht und Vertreibung aus der angestammten Heimat sowie der Neubeginn in der Fremde bedeuteten. Das unvorstellbare Leid könnten sie allenfalls bruchstückhaft an Dokumentationen wie beispielsweise zum Untergang der Wilhelm Gustloff erahnen. „Dass dies über sechs Jahrzehnte nicht in Vergessenheit geraten ist, haben wir in erster Linie den Landsmannschaften und dem Bund der Vertriebenen zu verdanken“, betonte Rech. Hier wurde und werde ein wertvoller Dienst gegen das Vergessen geleistet.

Baden-Württemberg und die Heimatvertriebenen hätten über die Jahrzehnte hinweg eine für beide Seiten überaus fruchtbare Beziehung zueinander aufgebaut. Auch künftig werde die Landesregierung die Pflege des Kulturgutes der Heimatvertriebenen als eigene staatliche Aufgabe wahrnehmen. Daneben würden weiterhin die Organisationen der Heimatvertriebenen unterstützt. Gefördert würden zum Beispiel der Erhalt der Heimatstuben und die Große Landesausstellung zur Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge nach 1945 im kommenden Jahr. Die Heimatstuben seien als besondere Form der Erinnerung an die alte Heimat entstanden und seien ein Schaufenster ostdeutscher Kultur.

„Der Fortbestand der Heimatstuben ist angesichts des Generationswechsels von der Erlebnisgeneration zu den nachfolgenden Generationen leider nicht überall gesichert. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, beim Erhalt dieses kulturellen Erbes mitzuhelfen“, sagte Rech.

Über 60 Jahre seien seit der Vertreibung der Deutschen aus ihren Heimatgebieten im Osten vergangen.

Dies werfe auch Fragen nach einer Veränderung der Fördermittelvergabe auf. „Wir wollen an der Förderung der Landsmannschaften und Verbände festhalten. Es muss in unser aller Interesse liegen, dass vorhandene Fördermittel für Projekte zum Tragen kommen“, so der Minister.

Vorbehaltlich der Verabschiedung des Haushalts durch den Landtag seien die Weichen gestellt, dass die finanziellen Mittel



Heribert Rech Mdl

für die Kulturarbeit der Verbände und Landsmannschaften auch im Jahr 2009 im bisherigen Umfang zur Verfügung stünden. Das Land werde die Projektförderung flexibel an veränderte Bedürfnisse anpassen. Beispielsweise würde auf den Rückgang der Mitgliederzahlen bei einzelnen Verbänden und die dadurch entstehenden finanziellen Engpässe reagiert werden.

Rech begrüßte die Entscheidung der Bundesregierung zur Verwirklichung des „sichtbaren Zeichens gegen Flucht und Vertreibung“. Voraussetzung dafür sei das jahrelange Bemühen der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ und besonders ihrer Vorsitzenden Erika Steinbach gewesen. Mit der Ausstellung „Erzwungene Wege“ habe die Stiftung entscheidend zur Versachlichung der Diskussion um die Vertreibungen als ein europäisches Phänomen der Geschichte des 20. Jahrhunderts beigetragen. Das Land habe die Bemühungen des Zentrums gegen Vertreibungen immer unterstützt. So habe der Ministerrat im Oktober 2007 beschlossen, eine Patenschaft für die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen zu übernehmen. In fünf Jahresraten stelle die Landesregierung der Stiftung 536.000 Euro zur Verfügung.

Dem Thema Flucht und Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg werde in Deutschland und in den Herkunftsgebieten mit einer neuen Offenheit begegnet. Dabei sei zu beobachten, dass vor allem die junge Generation großes Interesse zeige. „Dieses Interesse muss uns Ansporn sein, alles dafür zu tun, dass das Kulturgut der Deutschen aus ihren Heimatgebieten umfassend bewahrt und an die folgenden Generationen weitergegeben wird. Ich kann Ihnen versichern, dass Sie in der Landesregierung auch künftig einen starken und verlässlichen Partner haben werden“, betonte der Minister.

Probleme bei und Wege zu der Anerkennung der Berufsqualifikationen von Spätaussiedlern

Gespräch mit Dr. Albert-Maximilian Schmid, Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)



v.L.: Klaus Brähmig MdB, Henning Niederhoff, Jochen-Konrad Fromme MdB, Dr. Albert-Maximilian Schmid, Gigla Mikautadze, Helmut Sauer

Um die Lösung des Problems der rund 200.000 in Deutschland lebenden Spätaussiedler mit akademischen Hintergrund bemüht, sprach die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erneut mit Dr. Albert-Maximilian Schmid vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Seit den ersten Beratungen Anfang dieses Jahres hat sich die Zusammenarbeit ausgesprochen positiv entwickelt. Die Ursachen der Beschäftigung unterhalb des Qualifikationsniveaus sind verifiziert und zielführende Vorschläge und Pro-

gramme zur Verbesserung der Situation vorgelegt. So hat das BAMF u. a. den Kontakt mit der Kultusministerkonferenz aufgenommen, um abgestimmte Parameter zur Frage der Anerkennung von Berufsqualifikationen zu erarbeiten. Speziell für Aussiedler wurde das Konzept „Identität und Integration Plus“ erstellt, welches durch Kurse zur berufliche Perspektive und Bewerbungstrainings flankiert wird. Beachtliche Erfolge zeigt das Programm „Berufsorientierung und Existenzgründung für Akademiker“, das sich an Hochqualifizierte richtet.

Neue Referentin in der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler

Der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler, Jochen-Konrad Fromme, begrüßte am 17. März 2008 Frau Christine Baumdick herzlich als neue Referentin der Arbeitsgruppe. Sie tritt die Nachfolge von Herrn Thomas Helm an, der sich über sechs Jahre hinweg mit herausragendem Engagement für die Angelegenheiten der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler eingesetzt hat.

Frau Christine Baumdick wurde am 16. September 1964 in Düsseldorf geboren. Nach dem juristischen Studium in Heidelberg und dem Referendariat legte sie ihr 2. juristisches Staatsexamen in Stuttgart ab. Danach führte sie ihr Weg nach Dresden, wo sie von 1992 bis 2002 in verschiedenen Fachbereichen des Sächsischen Staatsministeriums des Innern tätig war. 2002 erfolgte im Rahmen einer zweijährigen Abordnung der Wechsel in die Europapolitische Koordinierungsgruppe des

Auswärtigen Amtes. Bis zu ihrem Wechsel zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion war Frau Baumdick innenpolitische Referentin bei der Landesvertretung des Freistaates Sachsen beim Bund. Zu Ihrem Dienstantritt stellte sie fest: „Mein beruflicher Werdegang gleicht einer Spurensuche. Mein Vater hatte in Dresden studiert, meine Mutter wurde in Berlin geboren. Mit meiner neuen Aufgabe ist auch die Geschichte meiner Familie verwoben. Ich hoffe, den an mich gestellten Erwartungen gerecht zu werden und einen Beitrag dazu leisten zu können, dass die Geschichte von Flucht und Vertreibung der Deutschen als Teil der europäischen Geschichte lebendig erhalten und der heutigen Generation vermittelt wird.“

Für die vor ihr liegenden Aufgaben wünschen wir viel Erfolg, Schaffenskraft und gutes Gelingen.

Dr. Norbert Lammert Vorsitzender des neuen „Gesprächskreises Kultur der CDU Deutschlands“

Die Bezirksverbände Oberbayern der Sudetendeutschen Landsmannschaft und der Landsmannschaft der Schlesier beglückwünschen Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert zur Berufung zum Vorsitzenden des neuen „Gesprächskreis Kultur der CDU Deutschlands“.

Die Kultur ist das einigende und identitätsstiftende Band eines Volkes. Deswegen ist es sehr zu begrüßen, dass die große Volkspartei CDU in so prominenter Besetzung sich intensiv mit der Pflege des Kulturgutes des eigenen Volkes befassen will. Insbesondere wird richtigerweise darauf hingewiesen, dass der Sprache eine besondere Bedeutung zukommt.

Die Sudetendeutschen und die Schlesier erwarten, dass auch ihrer Kultur, wie die aller anderen deutschen Heimatvertriebenen, eine gleichrangige Bedeutung zukommt. Es handelt sich bei unserer Kultur um einen großen, unverzichtbaren Teil des gesamtdeutschen Kulturgutes, welche sowohl hier im neuen Zuhause von den Vertriebenen als auch in der Heimat von den Verbliebenen gepflegt wird.

Wichtig für den Erhalt unserer Kultur ist auch die gleichwertige Benutzung der deutschen Ortsnamen, sowohl vor Ort als auch im täglichen Gebrauch in Deutschland.

Wir wünschen dem neuen Gremium eine erfolgreiche und fruchtbringende Arbeit und hoffen, dass auch die Vertreter der deutschen Heimatvertriebenen mit einbezogen werden.

Landesbeauftragter Friedrich gratuliert Professor Grulich

Im Königsteiner Rathaus wurde Professor Rudolf Grulich von Landrat Krebs das Bundesverdienstkreuz am Bande überreicht. Landesbeauftragter Friedrich gratulierte sehr herzlich namens der Landesregierung. Er freute sich darüber, dass der Hessische Ministerpräsident den Vorschlag auf Auszeichnung von Professor Grulich empfehlend an den Bundespräsidenten weitergegeben hat. Dazu sagte Friedrich: „Professor Grulich hat mit seinen umfangreichen wissenschaftlichen Arbeiten die hohe Auszeichnung durch den Bundespräsidenten redlich verdient“.

Wörtlich meinte der Landesbeauftragte: „Mit Professor Grulich wird ein Wissenschaftler, erfolgreicher Hochschullehrer, ein leidenschaftlicher Verfechter der Menschenrechte und schließlich ein exzellenter Europakenner ausgezeichnet“.

Friedrich wies in seiner Gratulation weiter darauf hin, dass das Wirken und der Einsatz von Prof. Grulich stets grenzenlos gewesen seien. Auch könne Prof. Grulich zu Recht als ein „Königsteiner“ genannt werden. „Er ist Königsteiner nicht nur weil er in der schönen Taunusstadt lange gelebt und gearbeitet hat, sondern er ist ein Königsteiner vor allem weil er sich stets um das Erbe von Weihbischof Kindermann bemüht habe“, so Friedrich. Dazu nannte Friedrich die Kongresse „Kirche in Not“, die internationalen Begegnungen im „Haus der Begegnung“ und schließlich das Institut für Kirchengeschichte.

Der Landesbeauftragte danke ausdrücklich Landrat Krebs, dass er die Ehrung des „Königsteiners“ in Königstein am Taunus vorgenommen habe.

Innenminister Heribert Rech gratuliert Staatssekretär a.D. Dr. hc. Gustav Wabro zum 75. Geburtstag

„Mehr als drei Jahrzehnte hat sich Gustav Wabro in vielfältiger Weise auf verantwortungsvollen Positionen mit großem Engagement für Baden-Württemberg und die Menschen im Südwesten eingesetzt. Ein besonderes Anliegen waren ihm dabei immer auch die Belange der Landsleute, die ihre Heimat verloren und in Baden-Württemberg eine neue Heimat gefunden haben. Zu seinem heutigen 75. Geburtstag gratuliere ich recht herzlich und nehme den Ehrentag zum Anlass, ihm für seinen bemerkenswerten Einsatz zu danken. [...] Der Rat und die Erfahrung von Gustav Wabro und nicht zuletzt seine menschliche Wärme waren und sind für unsere Heimatvertriebenen und ihre Organisationen sehr wichtig und hilfreich.“, sagte Innenminister Rech am 14. Mai 2008 in Stuttgart. Gustav Wabro habe die Erwartungen und Interessen der Heimatvertriebenen mit den Möglichkeiten des Landes in Einklang gebracht; sein Lebenswerk verdiene hohen Respekt, so Rech.

IMPRESSUM

Herausgeber:	Dr. Norbert Röttgen MdB Hartmut Koschyk MdB Parlamentarische Geschäftsführer Jochen-Konrad Fromme MdB
Redaktion:	Christine Baumdick (verantwortlich) Martin Kreienbaum
Sekretariat: Kontakt:	Ines Roehm Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler
Anschrift:	Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-55364 Telefax (0 30) 2 27-56154